

Verwaltungs- und Kulturausschuss

öffentlich am 01.07.2013

Gemeinderat

öffentlich am 10.07.2013

Nachtragssatzung und Nachtragsplan 2013

Beschlussvorschlag:

Auf Grund von § 82 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat am 10.07.2013 folgende Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2013 beschlossen:

1. Der Haushaltsplan wird geändert festgesetzt mit

	bisher	Nachtrag
1. Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes von jeweils	152.710.000 €	148.660.000 €
Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes von jeweils	24.160.000 €	23.890.000 €
Gesamtvolumen in Einnahmen und Ausgaben	176.870.000 €	172.550.000 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung 2013)	900.000 €	900.000 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	4.073.000 €	3.273.000 €

Die §§ 2 bis 4 der Haushaltssatzung vom 10.12.2012 (Genehmigung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 30.01.2013) bleiben unverändert.

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat am 10.12.2012 die Haushaltssatzung 2013 beschlossen. Das Regierungspräsidium hat am 30.01.2013 die Genehmigungen dazu erteilt.

Gründe für die Nachtragsplanung:

- sehr deutlicher Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen
- keine Zuführungsrate mehr an den Vermögenshaushalt
- Investitionsvolumen 2013 muss zum Teil angehalten bzw. zeitlich geschoben werden
- Umsetzung von weiteren Beschlüsse zu städtischen Investitionen
- Rücklagenentnahme aus zweckgebundener Zuführung im Rahmen des Jahresabschlusses 2012

Eckpunkte der Nachtragsplanung (gerundet):

Verwaltungshaushalt:

- | | |
|--|----------------|
| • Mindereinnahmen Gewerbesteuer (netto) | 4.000.000 |
| • Verschlechterung im Verwaltungshaushalt | 4.500.000 |
| • keine Zuführungsrate mehr an den Vermögenshaushalt | 3.800.000 |
| • "negative" Zuführungsrate vom Vermögenshaushalt | 700.000 |

Vermögenshaushalt

- | | |
|---|----------------|
| • saldierte Verschlechterung im Vermögenshaushalt | 4.500.000 |
| • Rücklage aus Abschluss 2012 für Steuerrückzahlung | 2.400.000 |
| • Reduzierung Investitionsprogramm 2013 | 1.350.000 |
| • Teilverzicht auf Rücklagenzuführung 2013 | 530.000 |
| • Belastung weitere Gremiumsbeschlüsse zu Investitionen | 960.000 |
| • Entlastung durch Minderausgaben/Mehreinnahmen | 1.180.000 |
| • Reduzierung Verpflichtungsermächtigung um | 800.000 |
| • Kreditermächtigung unverändert | 900.000 |

Die Verwaltung hat am 29.04.2013 im VKA und am 13.05.2013 im Gemeinderat über die Entwicklung der städtischen Finanzen im 1. Halbjahr berichtet. Insbesondere wegen dem massiven Einnahmerückgang bei der **Gewerbesteuer** (Kredit-, Leasing und Versicherungsgewerbe, Solarbranche, Betriebsverlagerung) und einer Steuerrückzahlung (Veranlagung 2011 eines großen Steuerzahlers) haben sich die Steuereinnahmen, wie prognostiziert, auf einen Stand von rund 31.300.000 € Anfang Juni eingependelt. Die Steuereinnahmen liegen damit 7.700.000 € unter dem Planansatz. Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftet deshalb keine Zuführungsrate mehr an den Vermögenshaushalt (Planansatz 3.800.000 €), er muss sogar über eine **"negative" Zuführungsrate** von 700.000 € ausgeglichen werden (Verschlechterung 4.500.000 €).

Im **Vorbericht** zum Nachtragsplan sind auf den **Seiten 5 bis 10** die Änderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie deren finanzielle Auswirkungen erläutert. Auch die Auswirkungen auf die allgemeine Rücklage, die Verpflichtungsermächtigungen und den Schuldenstand im Kämmereihaushalt sind beschrieben. Detaillierte Einzelerläuterungen zu den geänderten Finanzpositionen und Unterabschnitten finden sich in den Beilagen 2.2.1 und 2.2.2. Auf die **Seiten 38 bis 61** des Vorberichtes wird besonders hingewiesen.

Mit der Nachtragsplanung wird auch der **Stellenplan** an personalplanerisch notwendige Veränderungen angepasst. Neben Stellenanhebungen aufgrund veränderter Stellenbewertungen führen die Veränderungen zu einer Stellenmehrung von 1,0 Stellen. Davon sind 0,5 Stellenanteile mit einem kw-Vermerk versehen (Vorbericht Seite 79). Alle Stellenveränderungen werden über den Personalkostenansatz 2013 insgesamt aufgefangen, eine Anhebung der Personalkosten im Nachtragsplan (23.795.000 €) erfolgt daher nicht.

Die Arbeiten zum Haushalts- und Finanzplan 2014 ff. beginnen schon Ende August. Insbesondere der kommenden Finanzplanung kommt dann unter den Gesichtspunkten weitere Steuerentwicklung, verstetigte Haushaltskonsolidierung, Priorisierung städtischer Investitionen und Zuschüsse und der neuen Einwohnerzahl (Zensus) eine besondere Bedeutung zu.

Anlagen:

Nachtragsplan 2013 mit Vorbericht